

Rathaus, Marktplatz 9  
CH-4001 Basel

Tel.: +41 61 267 85 16  
Fax: +41 61 267 85 72  
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch  
www.regierungsrat.bs.ch

IG Quartierparking Landhof – Nein!  
c/o Roberto Rivetti  
Riehenring 16  
CH – 4058 Basel

Basel, 8. Februar 2022

Regierungsratsbeschluss vom 8. Februar 2022

### **Petition P378 «Nein zum Quartierparking Landhof»**

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Petition P378 «Nein zum Quartierparking Landhof» haben Sie im März 2018 eingereicht. Der Grosse Rat hat die Petition der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zur Behandlung überwiesen. Diese hat mit Bericht vom 7. Juli 2021 dem Grossen Rat beantragt, die Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen. Diesem Antrag hat der Grosse Rat am 8. September 2021 zugestimmt.

Im Folgenden berichten wir Ihnen deshalb abschliessend zu den zwei Forderungen der genannten Petition.

#### **• Kein Parking unter dem Landhof!**

Das Bau- und Verkehrsdepartement hat im Jahr 2016 eine Investorenausschreibung für ein unterirdisches, eingeschossiges Quartierparking mit rund 200 Plätzen auf dem Landhofareal durchgeführt. In der Folge erging der Zuschlag für die Erstellung des Quartierparkings an die Bau- und Finanzgesellschaft zum Greifen AG in Basel. Diese reichte ein generelles Baubegehren ein, gegen welches seitens der Anwohnerschaft mehrere Einsprachen eingingen. Die Einsprachen wurden von der Baurekurskommission und dem Appellationsgericht insoweit abgewiesen, als die Zonenkonformität hinsichtlich der Erstellung des geplanten Quartierparkings bejaht wurde. Die Anwohnerschaft hat den erwähnten Entscheid des Appellationsgerichts beschwerdeweise ans Bundesgericht weitergezogen. Die «Greifen AG» als Investorin hat sich in der ersten Hälfte 2021 vom Parkingprojekt zurückgezogen. Das Bundesgericht hat infolgedessen das Verfahren mangels Streitgegenstand abgeschrieben. Ein materielles Urteil hat das Bundesgericht nicht gefällt.

Der Regierungsrat hat den Entscheid der Investorin der «Greifen AG» zur Kenntnis genommen und mit Beschluss vom 29. Juni 2021 entschieden, das Projekt zur Erstellung eines Quartierparkings unter der Landhofwiese nicht weiter zu verfolgen. Mit diesem Entscheid kann auch die erste Forderung der Petition als erfüllt angesehen werden.

Der Grosse Rat hat im Juni 2021 eine neue Bestimmung ins Umweltschutzgesetz aufgenommen, wonach der Kanton für eine Verlagerung von Parkplätzen vom öffentlichen Strassenraum auf Privatgelände sorgt.<sup>1</sup> Gestützt darauf prüft das Bau- und Verkehrsdepartement aktuell, ob im Rahmen des Projekts Rosentalturn der Messe Basel auch Parkplätze für das Quartier auf Privatreal erstellt werden könnten. Durch die Kompensation der Parkplätze im Strassenraum stünden mehr und sicherer Platz für Fussgängerinnen und Velofahrer zur Verfügung.

- **Eine vernünftige Verkehrspolitik und Verkehrsplanung für das Quartier und seine Anwohnerinnen und Anwohner.**

Der Regierungsrat will gestützt auf seine am 21. Januar 2022 kommunizierte Mobilitätsstrategie «Basel unterwegs – klimafreundlich ans Ziel» seine erfolgreiche Basler Verkehrspolitik fortsetzen und einen neuen Schwerpunkt auf die Reduktion der Klimafolgen der Mobilität setzen. So will er in den kommenden Jahren die Lücken im kantonalen Velo-, Fuss- und Wanderwegenetz schliessen, markante Angebotsverbesserungen im Öffentlichen Verkehr erzielen, Carsharing-Angebote sichtbarer machen, autofreie Areale ermöglichen und bereits dieses Jahr Cargobike-Abstellplätze realisieren.

Die Verkehrspolitik des Kantons verfolgt das Ziel, die Mobilitätsbedürfnisse bis 2050 vollständig mit emissionsarmen, klima- und ressourcenschonenden Verkehrsmitteln und Fortbewegungsarten zu bewältigen. Zudem soll der private Motorfahrzeugverkehr auch bei anhaltendem Wachstum von Bevölkerung und Wirtschaft nicht zunehmen. Mit der soeben in die öffentliche Vernehmlassung gegebenen Mobilitätsstrategie «Basel unterwegs – klimafreundlich ans Ziel» zeigt der Regierungsrat auf, wie diese Umstellung erfolgen soll. Die Mobilitätsstrategie ist überdies ein erster Schritt hin zum Ziel, die gesamten Treibhausgasemissionen des Kantons bis 2040 auf «Netto-Null» zu reduzieren. Der Regierungsrat hat sich dieses Ziel als Gegenvorschlag zur Klimagerechtigkeitsinitiative gesetzt. Die Mobilitätsstrategie löst das Verkehrspolitische Leitbild von 2015 ab, das die Reduktion des motorisierten Individualverkehrs und dessen Kanalisierung auf dem Hochleistungsstrassennetz ins Zentrum stellte. Die neue Mobilitätsstrategie fokussiert im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen auf die umwelt- und klimarelevanten Wirkungen der gesamten Mobilität, anstatt auf einzelne Verkehrsmittel. Konkret werden vier Wirkungsziele verfolgt, die sich auch aus der Kantonsverfassung ableiten lassen: Die Erreichbarkeit soll erhöht, die Verkehrssicherheit verbessert, die Lebensqualität gesteigert und Klimaneutralität erzielt werden. Wie Sie sehen, dienen alle vier Ziele der Basler Bevölkerung und stehen im Einklang mit den Zielen des Regierungsrats in Sachen Klimaschutz.

Der Regierungsrat hat am 21. Januar 2022 alle interessierten Organisationen und Personen eingeladen, an der öffentlichen Vernehmlassung teilzunehmen und sich zum Entwurf der Mobilitätsstrategie zu äussern. Wir hoffen, wir können Sie mit dieser Strategie davon überzeugen, dass wir eine vernünftige Verkehrspolitik für alle Quartiere und die Einwohnerinnen und Einwohner von Basel verfolgen. Sie sind freundlich eingeladen, im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens konkrete Verbesserungsvorschläge einzureichen.

---

<sup>1</sup> Das Gesetz ist in der Gesetzessammlung noch nicht angepasst. Gemäss GRB steht neu im Paragraph 16, Abs. 2bis:  
<sup>2bis</sup> Der Kanton und die Gemeinden Bettingen und Riehen sorgen für eine Verlagerung von Parkplätzen vom öffentlichem Strassenraum auf Privatgelände.

Freundliche Grüsse

Handwritten signature of Beat Jans, consisting of a stylized 'B' and 'J'.

Beat Jans  
Regierungspräsident

Handwritten signature of Barbara Schüpbach-Guggenbühl, written in a cursive style.

Barbara Schüpbach-Guggenbühl  
Staatsschreiberin

Kopie: Parlamentsdienst